

Zeitschrift: ASMZ : Sicherheit Schweiz : Allgemeine schweizerische
Militärzeitschrift

Herausgeber: Schweizerische Offiziersgesellschaft

Band: 184 (2018)

Heft: 10

Artikel: Sicherheit hat wieder einen höheren Stellenwert

Autor: Bölsterli, Andreas

DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-813231>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 15.03.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Sicherheit hat wieder einen höheren Stellenwert

In den kommenden Monaten und Jahren sind viele Entscheidungen zur Sicherheit der Schweiz und ihrer Bevölkerung zu fällen. Grund genug für die ASMZ, sich beim Chef VBS persönlich über seine Einschätzungen zu informieren. Bundesrat Parmelin hat die ASMZ am 17. August zum Gespräch empfangen.

Andreas Bölsterli, Chefredaktor

Die Arbeiten zur Weiterentwicklung der Armee (WEA) sind in vollem Gang. Wie beurteilen Sie den Stand? Gibt es Themen, die im Parlament und in den Kommissionen für Diskussionen sorgen könnten?

Wir sind mit dem aktuellen Stand der Umsetzung der Weiterentwicklung der Armee zufrieden. Auch der Chef der Armee ist dieser Meinung, allerdings macht er auch auf Probleme aufmerksam. Denken wir doch nur an die Bestände von einigen Formationen. Die entsprechenden Korrekturmassnahmen sind aber eingeleitet. Das Parlament wird die WEA eng begleiten und wir stellen den Informationsfluss mit einem institutionalisierten Reporting gegenüber den Sicherheitspolitischen Kommissionen sicher. Wir stehen am Anfang dieser Umsetzung, abgeschlossen wird sie erst 2023. Es wartet also noch viel Arbeit auf uns, bis die Armee reform erfolgreich umgesetzt ist.

Für den Erfolg entscheidend wird neben den strukturellen Anpassungen aber vor allem auch die Verfügbarkeit von zeitgemässen Systemen und modernster Technologie sein. Ob die WEA ein Erfolg wird, hängt deshalb wesentlich auch davon ab, ob die geplanten Beschaffungen für die Modernisierung und Komplettierung der Mittel und Ausrüstung gelingen werden – insbesondere natürlich der Ersatz von Grosssystemen.

Eine der grossen Herausforderungen ist die personelle Alimentierung der Armee. Es geht nicht nur um die Soldaten, sondern vor allem auch um die Gewinnung der Kader. Diese Anstrengungen stehen im Wettbewerb mit der steigenden Zahl von Zivildienstleistenden. Wie beurteilen Sie den Alimentierungsgrad der Armee und die Massnahmen zur Gewinnung von Kadern? Greifen die neuen Entscheide des Bundesrates vom Sommer, um dem immer noch steigenden Abgang in den Zivildienst

Paroli bieten zu können oder drängt sich doch eine generelle Diskussion um die Dienstpflicht aller auf, Stichwort hier: «Dienst an der Gesellschaft»?

Ob die jüngsten Entscheide des Bundesrates zum Zivildienst wirksam sein werden, kann erst mittelfristig gesagt werden. Im Moment läuft ja noch die Vernehmlassung. Wir brauchen auch hier noch mehr Erfahrungswerte. Falls sich zeigen sollte, dass die Massnahmen nicht oder zu wenig greifen, müssen wir noch einmal über die Bücher. Es ist absolut zentral, dass wir die geplanten Bestände der Armee auch real erreichen und halten können.

Die Alimentierung der Armee wird aber immer eine Herausforderung bleiben. Wir brauchen nicht nur die genügende Anzahl Soldaten, sondern eben auch die richtigen Leute mit den gewünschten Fähigkeiten, am richtigen Ort, ich denke da insbesondere auch an den Bereich Cyber, wo der erste Lehrgang mit Erfolg und grossem Echo gestartet werden konnte.

Bei der Kadergewinnung setzen wir grosse Hoffnung in die Ausbildungsgutschriften, welche seit kurzem eingeführt wurden. Hier sehen wir erste positive Zeichen. Es bleibt aber auch hier abzuwarten, wie sich dieser Anreiz mittelfristig auswirkt. Wir arbeiten auch daran, dass die Unteroffiziere von diesen Ausbildungsgutschriften im gleichen Umfang profitieren können. Hier gilt es, die gesetzlichen Grundlagen noch zu optimieren.

Zum letzten Teil ihrer Frage nur Folgendes: «Dienst an der Gesellschaft» tönt schön, aber man muss den Tatsachen ins Auge schauen. Der Bundesrat und das VBS haben sich mit dieser Frage intensiv auseinandergesetzt, ich denke da an die Arbeitsgruppe Dienstpflichtsystem. Die präsentierten Resultate hat der Bundesrat als zu kompliziert und den gesetzlichen Anpassungsbedarf als zu gross beurteilt. Er hat deshalb entschieden, das aktuelle System beizubehalten und im Rahmen der WEA die Lage laufend zu beurteilen,

um Verbesserungen anzustreben, wo immer es möglich ist.

Die Studie «Sicherheit 2018» attestiert der Armee eine noch nie dagewesene Zustimmung. Aber weite Teile der Bevölkerung kennen die Armee und deren Leistungsfähigkeit eigentlich nicht mehr. Es besteht ein grosses Wissensdefizit, weil Themen wie «Instrumente der Sicherheitspolitik» nicht mehr zum Ausbildungsstoff in Gymnasien und Berufsschulen gehören. Ein Schritt für die Verbesserung der Information wäre der Einbezug der Frauen. Nun haben aber die Kantone dem obligatorischen Orientierungstag für Frauen eine Abfuhr erteilt und Sie, Herr Bundesrat, zeigen Verständnis für diesen Entscheid. Gibt es aus Ihrer Sicht andere Wege, um die Frauen besser zu informieren und für die Armee zu gewinnen?

Es wäre wünschbar, wenn wir den Frauenanteil mittelfristig erhöhen könnten, nicht nur aus Gründen der Alimentierung, sondern schlicht, weil Frauen anders denken und handeln als Männer. Dies würde der Armee guttun. Die Idee des obligatorischen Orientierungstages für Frauen hatte aber nicht primär die Alimentierung der Armee im Fokus. Es ging den Kantonen und dem VBS darum, eine heute bestehende Ungleichheit zu korrigieren. Frauen, welche sich für die sicherheitspolitischen Instrumente der Schweiz interessieren und den Orientierungstag besuchen wollen, müssen dies heute auf eigene Kosten, also via Bezug eines Ferientages tun. Für Männer ist der Orientierungstag obligatorisch und der Arbeitgeber damit zur Lohnfortzahlung verpflichtet. Weil auch junge Frauen unter den gleichen Bedingungen wie Männer wissen sollen, was für Chancen die Armee bietet, soll dies nun anders geregelt werden. Der Orientierungstag für Frauen wird nicht obligatorisch, dies würde eine Verfassungsreform bedingen. Er soll aber, wenn möglich, als Amtstermin gelten und der er-



Bundesrat Guy Parmelin (re) und Andreas Bölsterli im Gespräch. Bild: ASMZ

währte Nachteil soll mit Gesetzesrevisionen überwunden werden. Der Wille, dass die Kantone diese Informationen auch den Frauen ermöglichen, ist da, es gibt Kantone, die das auch bereits jetzt machen.

Schweden verteilt eine Broschüre an die Bevölkerung, um diese für Sicherheitsfragen zu sensibilisieren. Wie beurteilen Sie, Herr Bundesrat, die Resilienz von Herrn und Frau Schweizer? Dienstleistungen, das Dienen per se, ist nicht «in» und trotzdem muss der Staat auf seine Bürger zählen können. Sind die Schweizer – wenn Not am Mann ist – bereit, mehr als heute zu leisten?

Ich glaube, dass die negative Entwicklung der Sicherheitslage in der Öffentlichkeit durchaus registriert wird. Sicherheit hat als Thema wieder einen anderen Stellenwert, als das längere Zeit der Fall war. Das zeigen die Umfragen, aber auch die Entscheide von Bundesrat und Parlament, z. B. indem das Armeebudget nach langer Zeit wieder erhöht wurde – eine eigentliche Zäsur nach dem Ende des Kalten Krieges.

Ich beurteile das Verständnis der Schweizer Bevölkerung für Sicherheitsfragen und auch für die Armee insgesamt als gross und solide. Ich bin deshalb auch zuversichtlich mit Blick auf kommende Diskussionen und Abstimmungen, bei denen es um die Zukunft der Armee gehen wird.

Die Schweiz ist eine Willensnation. Die Schweizer Bevölkerung wäre auch heute noch bereit, ihren Teil zu leisten, wenn es denn nötig wäre. Allerdings weisen sie mit ihrer Frage auf ein Paradoxon hin, denn auf der einen Seite sehen wir diese hohe Zustimmung in die Notwendigkeit einer Armee und auf der anderen Seite die Ablehnung, sobald man direkt und selber etwas beitragen sollte und Dienst leisten muss. Hier braucht es Überzeugungsar-

beit, Erklärungen und Diskussionen, um die Notwendigkeit des Mittragens aufzeigen zu können.

Zudem: In der Schweiz gibt es auch Ratgeber und Verhaltensregeln für die Bevölkerung, z. B. Ratgeber des BWL zur Frage der privaten Notvorratshaltung. Oder z. B. die App «Alertswiss» des BABS, mit Informationen über Vorsorgemassnahmen sowie Alarmierung und Verhaltensanweisungen im Falle von Katastrophen und Notlagen.

Neben der Alimentierung ist auch die vollständige Ausrüstung der Armee eine Herausforderung. Es gibt Bestrebungen, nicht allen AdA alle Ausrüstungsgegenstände zukommen zu lassen. Stehen wir vor neuen, verdeckten Sparprogrammen – oder generell, wie sicher ist die Finanzlage im Hinblick auf die Komplettierung des Materials und später auch die Erneuerung der Grosssysteme des Heeres? Kann und will der Bundesrat die versprochene Wachstumsrate von real 1,4% des Budgets ab 2021 erfüllen?

Bundesrat und Parlament haben bei der Weiterentwicklung der Armee der Vollausrüstung zugestimmt. Ich gehe davon aus, dass wir jetzt das Geld auch bekommen, um dieses Versprechen gegenüber der Bevölkerung einzuhalten. Die Diskussionen um die Beschaffung der Schutzwesten, die sie vermutlich mit ihrer Frage ansprechen, ist noch nicht abgeschlossen.

Der Bundesrat hat intensiv und lange diskutiert und diese 1,4% Budgeterhöhung sind gewissermassen das Fundament für die nächsten Jahre. Klar, es geht um Politik und man kann Zahlen immer ändern, aber die Stossrichtung ist gegeben und damit können wir Air2030 fi-

nanzieren und auch den Ersatz der Grosssysteme des Heeres anpacken.

Das befreit uns aber nicht von der Aufgabe, wirksam und effizient mit den finanziellen Mitteln umzugehen. Wir haben beispielsweise grosse Herausforderungen bei den Immobilien zu lösen und wir müssen Prioritäten setzen. Die Ansprüche an die Systeme des Heeres verändern sich und diese neuen Aspekte müssen auch mit beurteilt werden. Dazu kommen neue Gefahren wie Cyber, auf die wir auch Antworten haben müssen. Der Wille des Bundesrates, diese Anstrengungen zu finanzieren, ist gegeben, aber die Arbeiten um Beschaffungsvorhaben sind anspruchsvoller geworden. Heute muss Überzeugungsarbeit geleistet werden. Transparenz und Offenheit, wo immer es möglich ist, das ist die Erwartung des Parlaments an das VBS.

Seit dem Flugzeughersteller zur Einreichung von Offerten eingeladen worden sind, haben die Diskussionen um das neue Kampfflugzeug (NKF) und um BODLUV noch vermehrt an Aktualität gewonnen. Die Grundsatzabstimmung zu Air2030 wird auch aus bürgerlichen Kreisen hinterfragt. Öffnen Sie mit diesem Vorgehen nicht Tür und Tor für künftige Rüstungs- und Finanzreferendumsabstimmungen?

Es geht sicher nicht um ein Finanzreferendum, sondern es geht um einen Entscheid von grosser Tragweite, einen Planungsbeschluss referendumsfähig zu machen. Es geht nicht um den Betrag acht Milliarden oder welche und wie viele Kampfflugzeuge zu beschaffen sind, sondern es geht um die Tragweite dieser Entscheidung.

Die Erneuerung des Gros der Luftverteidigung hat diese Tragweite. Es ist eine Grundsatzentscheidung und daher dieses Vorgehen. Diese Fragen Anzahl und Typen werden später wie gewohnt im Rahmen der Rüstungsprogramme bearbeitet. Und wenn man argumentiert, dass man mit diesem Vorgehen die Türen öffnet für die gleiche Behandlung von anderen Rüstungsvorhaben, dann stimmt das meines Erachtens nicht. Für uns kann dieses Vorgehen auch ein Vorteil sein. Das Volk hat mehrmals über Fragen der Luftkampfführung abgestimmt und kann bei dieser Abstimmung zur Grundsatzfrage die Armee unterstützen. Uns gibt ein positiver Entscheid des Volkes eine Planungssicherheit. Natürlich ist der Weg der Volksinitiative immer offen. Aber für die Initianten wird es nach einem Ja der Bevölkerung zum Planungsbeschluss schwierig zu erklären, wa-

rum man eine Initiative gegen die Erneuerung der Luftwaffe unterstützen soll. Die Kritik einzelner Parlamentarier ist mir bekannt, wir werden das diskutieren müssen.

Aber was, wenn das Volk dann bei einer allfälligen Referendumsabstimmung trotzdem Nein sagt – stehen wir dann vor einem Scherbenhaufen?

Dann muss man diesen Entscheid analysieren: Sind die acht Milliarden zuviel oder genügen sie nicht? Oder ist die Kombination Kampfflugzeug und BODLUV aus Sicht der Stimmbürger schlecht? Das alles müsste untersucht werden und es liegt auf der Hand, dass man sich auch auf einen Negativentscheid des Volkes vorbereiten muss. Ich bin aber zuversichtlich im Hinblick auf eine allfällige Abstimmung, denn die Diskussionen, die ich im Moment auch mit Bürgern verschiedenster politischer Überzeugung führe zeigen mir, dass die Einsicht in die Notwendigkeit der Erneuerung der Mittel zum Schutz der Bevölkerung vor Angriffen aus der Luft gross ist.

Anschlussfrage: Gegner der Grundsatzabstimmung argumentieren unter anderem mit der Aussage, dass auch die Erneuerung der Panzerflotte von grosser Tragweite für eine Armee sei und daher dannzumal auch über diese Beschaffung abgestimmt werden müsse – was sind die politischen Gegenargumente zu dieser Aussage?

Bei Air2030 sprechen wir über die Erneuerung der überwiegenden Teile der Luftwaffe, nicht «nur» über den Ersatz eines Hauptwaffensystems. Und zudem geht es um die Beschaffung von Kampfflugzeugen, worüber in der Vergangenheit bereits zweimal abgestimmt wurde – in vollständigem Gegensatz zu allen Systemen der Bodentruppen. Da sprechen wir also über zwei völlig verschiedene Geschäfte.

Wie ist Ihre persönliche Einschätzung der Bedrohungslage der Schweiz jetzt und in den nächsten Jahren. Ist es der grosse terrestrische Angriff, die Cyber-Attacke oder der Terrorismus, der die grösste Gefahr darstellt?

Die allgemeine Sicherheitslage hat sich insgesamt verschlechtert. Dass die Sicherheitspolitik wieder ganz oben ist auf der Agenda, in Europa, aber auch weltweit, ist Ausdruck davon. Es ist nicht davon auszugehen, dass sich dies in absehbarer Zeit wieder ändert.

Ich erachte derzeit den internationalen, islamistisch motivierten Terrorismus als die

akuteste Bedrohung für die Schweiz. Die Realität hat leider gezeigt, wie real diese Bedrohung in Europa ist. Die Schweiz ist weniger exponiert als andere Länder, muss aber auch mit einer erhöhten Terrorbedrohung leben.

Ebenfalls akut und allgegenwärtig sind die Bedrohungen im Cyber-Bereich. Diese sind vielfältig: von einfachem Vandalismus, über kriminelle Angriffe bis zu Spionage und Sabotage. Auch hier hat die Realität gezeigt, dass die Bedrohung grösser ist, als vor ein paar Jahren noch angenommen.

«Die junge Generation ist gut, sie ist nicht besser oder schlechter als es meine Generation war.»

Ein bewaffneter Angriff auf die Schweiz wäre natürlich immer noch das Gravierendste. Die Wahrscheinlichkeit, dass die Schweiz direkt angegriffen wird, bleibt klein. Was sich erhöht hat, ist die Wahrscheinlichkeit eines militärischen Konfliktes an der Peripherie Europas, der die Schweiz zumindest indirekt betreffen würde.

Weil ein Angriff auf die Schweiz so gravierend wäre, muss sie aber auch künftig in der Lage sein, einen solchen abzuwehren und das Land zu verteidigen. Und damit sie das kann, braucht sie eine schlagkräftige Armee, die über die nötige Einsatzbereitschaft, Ausrüstung und Ausbildung verfügt. Darauf zielen die WEA und die geplanten Beschaffungen ab.

Schauen wir noch weiter in die Zukunft. Welche grossen Themen stehen auf Ihrer sicherheitspolitischen Agenda für die Jahre 2030 und später? Können Sie uns Ihre Auslegeordnung präsentieren?

Mit Blick auf die Armee hat nun die Erneuerung der Mittel zum Schutz der Bevölkerung durch Angriffe aus der Luft durch neue Kampfjets und eine moderne bodengestützte Luftverteidigung erste Priorität.

Eine weitere Priorität stellt die Modernisierung der Bodentruppen dar. Ich habe deswegen einen Expertenbericht in Auftrag geben, der aufzeigen soll, welche Mittel in den nächsten Jahren angeschafft werden müssen. Sobald der Bericht fertiggestellt ist, werde ich diesen präsentieren.

Besonders wichtig ist zudem der Aufbau und Ausbau unserer Cyber-Abwehr. Cy-

ber-Angriffe sind heute an der Tagesordnung. Wir müssen deshalb unsere eigenen Systeme noch wirksamer gegen Angriffe schützen können. Zurzeit läuft der erste Cyber-Lehrgang der Armee.

Auch ein wichtiger Aspekt ist die Schweiz-interne Sicherheit. In den letzten zwei bis drei Jahren hat die Zahl an Naturkatastrophen zugenommen. Die Auswirkungen von Trockenheit, Felsstürzen und Waldbränden werden immer grösser und schlimmer und die Einsätze zur Bewältigung von solchen Ereignissen dauern länger und binden mehr Mittel. Hier möchte ich mich mit den Kantonen in Fragen der Prozesse und Mittel unterhalten. Die Gesuchswege für Unterstützungseinsätze müssen noch unbürokratischer werden und vielleicht müssen wir uns auch über neue Fähigkeiten unterhalten und uns fragen, ob wir allenfalls ein Löschflugzeug beschaffen müssen, um hier nur ein Beispiel zu nennen.

Zum Abschluss noch eine persönliche Frage. Wie nehmen Sie, Herr Bundesrat, die junge Generation wahr. Wie beurteilen Sie die Leistungsfähigkeit der Soldaten und Kader, die heute Dienst leisten – sind sie verweichlicht, wie es hin und wieder moniert wird, oder stimmt das gar nicht?

Unsere Rekruten, Soldaten und Kader sind sehr leistungsfähig und machen insgesamt einen sehr guten Job. Die junge Generation ist gut, sie ist nicht besser oder schlechter als es meine Generation war.

Der Soldat muss wissen, wofür er ausgewählt und ausgebildet wird. Wenn die Jungen sinnvoll und unter Berücksichtigung ihrer Eignungen und Neigungen instruiert und eingesetzt werden, sind sie bereit, auch anforderungsreiche Dienstleistungen durchzustehen.

Die Bereitschaft, sich für ein ideelles, nicht direkt fassbares Konstrukt – wie es etwa Staat oder Gemeinwohl darstellen – einzusetzen, hat nachgelassen. Dies zeigt sich darin, dass das Milizprinzip ganz allgemein an Geltung verloren hat. Wohl nicht zufällig klagen auch Vereine oder Parteien über Mitgliederschwund und Nachwuchsprobleme.

Herr Bundesrat Parmelin, die ASMZ dankt Ihnen auch im Namen der Leserinnen und Leser für dieses Gespräch. Für die anstehenden Entscheide und Diskussionen wünschen wir Ihnen viel Erfolg und danken Ihnen für Ihre Arbeit zugunsten der Schweiz und Ihrer Bevölkerung. ■